Aus: **junge Welt** Ausgabe vom 12.05.2023, Seite 12 / Thema
Geopolitik der Kaiserzeit

# »Wer Kiew hat, kann Russland zwingen«

Beim Übergang zum Imperialismus um 1900 änderte sich das Verhältnis des deutschen Kapitals zum Zarenreich. Seine Vordenker entdeckten die Ukraine als »Randstaat«. Eine Literaturstudie (Teil 1)

*Von Arnold Schölzel*

Förderung einer ukrainischen Nationalkultur mit dem Zweck der Zerschlagung des russischen Reichs (k. u. k. Soldaten mit jungen Frauen in ukrainischer Festtracht in Galizien während des Ersten Weltkriegs, undatierte Aufnahme)

Der baltendeutsche Theologe, Publizist und Kolonialbeamte Paul Rohrbach, geboren im damals zaristischen »Kurland«, lebte von 1869 bis 1956. Er reiste in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts viel durch die Welt und wurde durch seine Schriften ungefähr ab 1900 zu einem der einflussreichsten Meinungsmacher der Außenpolitik des Deutschen Kaiserreichs. Von 1903 bis 1906 war er im Kolonialdienst in »Deutsch-Südwestafrika« als Ansiedlungskommissar und Wirtschaftssachverständiger tätig, wusste also vom Völkermord an den Herero und Nama aus erster Hand. 1914 bis 1918 formulierte er im Reichsmarineamt antirussische Kriegsziele, trat in den 20er und 30er Jahren für die Rückgabe der deutschen Kolonien ein und erkannte im Rassismus der NSDAP Geistesverwandtes, übernahm im Faschismus aber keine politischen Funktionen mehr. 1949 bedachte ihn die noch heute in München existierende Ukrainische Freie Universität für sein beharrliches Eintreten für eine unabhängige Ukraine mit der Ehrendoktorwürde, 1952 wurde er Ehrenpräsident der »Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft«. Die Würdigung traf den Richtigen.

## Ukraine als neuralgischer Punkt

Rohrbach veröffentlichte bereits 1897 einen Reisebericht »Durch die Ukraine«, aus dem der Jenaer Historiker Claus Remer in seinem 1997 veröffentlichten Buch »Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen« zitiert: »›Alles große Leben in Russland muss versiegen, wenn ein Feind die Ukraine packt …‹« Remer fährt fort: »Wenn man allerdings Russland 50 Jahre in Ruhe lasse, könne es sein,

›dass die ukrainische Frage einschläft‹. Für Rohrbach war also die Ukraine ein neuralgischer Punkt aller wichtigen gesellschaftlichen Vorgänge im Russischen Reich, das mit der ›ukrainischen Frage‹ keine Ruhe finden dürfe. Diese Frage bestand für ihn, der Vertrauensmann der Politischen und Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes war, darin, nationale Unterschiede und Gegensätze der Ukrainer zu Polen und anderen Nichtrussen, vor allem aber zu den sogenannten Großrussen herauszustellen, vertiefen zu helfen und für eine Zersetzung des einheitlichen Russland auszunutzen. Das bestimmte seine Zusammenarbeit mit Ukrainern, Armeniern und anderen, Russen kritisch oder feindlich eingestellten Vertretern anderer Nationen. (…) Und wenn sie sich überhaupt mit der sozialen Lage der zumeist ukrainischen Landbevölkerung – einem zentralen Problem vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts – beschäftigten, dann fast nur unter dem Gesichtspunkt, dass es russische Großgrundbesitzer und Unternehmer waren, die sie unterdrückten und ausbeuteten. Dieser Aspekt war oft nur ein willkommener zusätzlicher Gesichtspunkt für die angeblich wesentlicheren, unüberbrückbaren nationalen Gegensätze zwischen Russen und Ukrainern. In seinem Bericht über die Ukraine schrieb Rohrbach schließlich: ›Wenn aber der Tag kommt, wo Russland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand so viel Kenntnis von den Dingen und soviel Entschlossenheit, dass er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß – dann, ja dann könnte Russland zertrümmert werden. Wer Kiew hat, kann Russland zwingen.‹«

Laut Remer galt Rohrbach im wilhelminischen Deutschland bald als der bedeutendste Ukraine-Spezialist. Ab 1912/13 und besonders im Ersten Weltkrieg habe er sein Thema »zu einer lautstark verbreiteten Russophobie« weitergeführt. Remer schreibt: »Durch solche alldeutsch-chauvinistischen Kräfte und deren propagandistische Unterstützung für alle antirussischen Positionen und Aktivitäten der nationalbewussten Führer in der russischen Ukraine sowie im (Ost-)Galizien der k. u. k. Monarchie sind die schon in früheren Jahren und Jahrzehnten geäußerten Meinungen über die Notwendigkeit einer Zertrümmerung des ›russischen Kolosses‹ und sein Zurückdrängen an und bis hinter den Ural nicht nur neu belebt worden, sondern sie erlangten in der Vorkriegszeit einen viel höheren Stellenwert. Was früher mehr Gedanke als Tat war, bekam mit der vollen Herausbildung der imperialistischen Gegensätze, mit dem Drängen des Deutschen Reiches nach Neuaufteilung Europas und der Welt, mit dem forcierten Aufrüsten in allen imperialistischen Hauptländern und dem Streben führender Vertreter des deutschen Monopolkapitals, der Militärs und alldeutscher Politiker nach einer großen militärischen ›Lösung‹ dieser Gegensätze programmatische, kriegsvorbereitende und -motivierende Bedeutung.«

## Zweifel an Revolutionierung

Ergänzt wurde diese Propagandaliteratur laut Remer, der sich u. a. auf Arbeiten von DDR-Historikern zur Kontinuität der deutschen »Ostkunde« bis in die BRD der 50er und 60er Jahre bezieht, durch eine sich damals herausbildende wissenschaftliche Russlandkunde: »Diese Gilde hat einige beachtliche Forschungen und Publikationen hervorgebracht, auf die noch heute zurückgegriffen werden kann. Dennoch gab es gemäß der damals vorherrschenden politischen Gedankenwelt und auch als Ergebnis ihrer eigenen Darstellungen eine Reihe Thesen, die nicht nur dem heutigen Kenntnisstand widersprechen, sondern sich schon damals als negativ prägend für die deutsche Ost-, Russland- und Ukrainepolitik erwiesen. Dazu gehörten unter anderen solche Akzentsetzungen, die den asiatisch-tatarisch-mongolischen Charakter des Russischen Reiches hypertrophierten oder seine gesellschaftlichen, geschichtlichen und kulturellen Leistungen gering veranschlagten beziehungsweise darauf zurückführten, dass Russland ›europäisiert‹, dass die Rolle

deutsch-baltischer Barone, deutscher Generale, Wissenschaftler, Kaufleute und Handwerker stark übertrieben und den ›Großrussen‹ zumeist eine destruktive und kulturlose, eine rücksichtslose oder auch passiv-leidende Grundhaltung zugesprochen wurde. Obwohl der Zarismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zweifellos das (oder ein) Bollwerk der Heiligen Allianz und der (oder ein) ›Gendarm Europas‹ war, sahen diese Autoren zu wenig die qualitativen Veränderungen seiner Rolle, die nach dem Krimkrieg oder zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach den Niederlagen im Fernen Osten, mit der Revolution von 1905/06 oder seiner Balkanpolitik 1908/09 eingetreten waren. Außenpolitische, militärtaktische, wirtschaftliche Motive veranlassten die meisten deutschen Ostforscher auch nach der Jahrhundertwende das zaristische Regime noch immer als Bedrohungsfaktor Nummer eins für Deutschland und Europa darzustellen.«

Besonders nach Beginn des Ersten Weltkrieges hätten dann nicht nur alldeutsche Politiker, Ideologen und Publizisten die »monolithische« Einheit des Zarismus, von der bis 1914 letztlich die Reichspolitik ausging, in Frage gestellt. Die Idee der »sogenannten Revolutionierung russischer Randgebiete« sei zum Beispiel im Zusammenhang mit der russischen Revolution von 1905 bei alldeutschen Ideologen »etwas in den Hintergrund« getreten, »weil die Furcht vor einem Überspringen revolutionärer Gedanken und Bewegungen auf das Deutsche Reich, die Imponderabilien und Risiken für deutschen Besitz in Russland, weil die Verbundenheit der Bourgeoisie und Gutsbesitzer beider Staaten und die gemeinsame Bekämpfung aller revolutionär-demokratischen Kräfte bestimmend waren«. Dem folgte der deutsche Kaiser selbst, wie Remer aus einem Bericht der Sächsischen Gesandtschaft vom Dezember 1905 zitiert: »Der Kaiser glaubt, dass die Vorgänge, die sich jetzt in Russland abspielen, nur die Einleitung zu einer fürchterlichen Katastrophe bilden, die das (Russische) Reich in eine Anzahl von Republik auflösen wird. Diese Republiken würden aber eine ständige Gefahr für Deutschland bedeuten, da sie zweifellos noch mehr zu Frankreich hinneigen würden, wie dies bei dem bisherigen absoluten Kaisertum der Fall war.«

Wilhelm II. hatte allen Grund für seine Befürchtungen: Die SPD unter August Bebel und viele deutsche Liberale äußerten Sympathie für die Revolution und prangerten die Massaker der Konterrevolution an. Der Gedanke von den »Randstaaten« des Zarenreichs, den Rohrbach maßgeblich entwickelt hatte, schien vom Tisch.

## »Randstaaten«-Idee

Aber die russisch-deutschen Gegensätze verschärften sich nach 1905 mit einer gewissen Unvermeidlichkeit. Der deutsche Imperialismus hatte mit dem Bau der sogenannten Bagdadbahn seit 1899 unmissverständlich seine Ansprüche auf einen »Platz an der Sonne« in Richtung Südosteuropa, Osmanisches Reich und sogar Indien angemeldet. Die zu 40 Prozent von der Deutschen Bank finanzierte, ab 1904 schrittweise in Dienst gestellte Bahn, wurde in London ebenso wie in St. Petersburg zu recht als Machtdemonstration gesehen. Das Zarenreich erhob aber Anspruch auf den Balkan als Einflusssphäre. So kam es nach der Annexion von Bosnien und der Herzegowina 1908 durch Österreich zu wütenden nationalistischen Aufwallungen in Serbien und Russland, die in den Balkankriegen 1912 und 1913 eskalierten. In Deutschland verschärfte sich zugleich die antirussische Propaganda von der »slawischen Gefahr«. Remer fasst zusammen: »Die Reichsleitung, der Generalstab und das Reichsmarineamt, Unternehmerverbände, nationalliberale und deutschkonservative Zeitungen machten aus ihrer Meinung keinen Hehl mehr, dass die deutsch-russischen Interessengegensätze auf dem Balkan und im Nahen Osten nicht mehr friedlich geregelt

werden könnten. Immer wichtiger wurden für sie die unmittelbare militärische und psychologisch-propagandistische Kriegsvorbereitung sowie die Pläne für den militärischen Aufmarsch und für den Zeitpunkt des Kriegsbeginns. Eine gewisse antirussische Hysterie betrachteten seit 1912/13 Wilhelm II., Bethmann Hollweg und andere Regierungspolitiker, vor allem alldeutsche Funktionäre und führende Militärs als notwendiges, kriegsförderndes Moment, weil eine demagogische Komponente darin bestand, die sozialdemokratisch beeinflussten Massen des deutschen Volkes leichter für einen Krieg gegen den Zarismus, den Unterdrücker demokratischer und liberaler Kräfte sowie der Befreiungsbewegungen nichtrussischer Nationen, zu gewinnen.«

Der baltendeutsche Theologe, Publizist und Kolonialbeamte Paul Rohrbach, geboren im damals zaristischen »Kurland«, lebte von 1869 bis 1956. Er reiste in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts viel durch die Welt und wurde durch seine Schriften ungefähr ab 1900 zu einem der einflussreichsten Meinungsmacher der Außenpolitik des Deutschen Kaiserreichs. Von 1903 bis 1906 war er im Kolonialdienst in »Deutsch-Südwestafrika« als Ansiedlungskommissar und Wirtschaftssachverständiger tätig, wusste also vom Völkermord an den Herero und Nama aus erster Hand. 1914 bis 1918 formulierte er im Reichsmarineamt antirussische Kriegsziele, trat in den 20er und 30er Jahren für die Rückgabe der deutschen Kolonien ein und erkannte im Rassismus der NSDAP Geistesverwandtes, übernahm im Faschismus aber keine politischen Funktionen mehr. 1949 bedachte ihn die noch heute in München existierende Ukrainische Freie Universität für sein beharrliches Eintreten für eine unabhängige Ukraine mit der Ehrendoktorwürde, 1952 wurde er Ehrenpräsident der »Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft«. Die Würdigung traf den Richtigen.

## Ukraine als neuralgischer Punkt

Rohrbach veröffentlichte bereits 1897 einen Reisebericht »Durch die Ukraine«, aus dem der Jenaer Historiker Claus Remer in seinem 1997 veröffentlichten Buch »Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen« zitiert: »›Alles große Leben in Russland muss versiegen, wenn ein Feind die Ukraine packt …‹« Remer fährt fort: »Wenn man allerdings Russland 50 Jahre in Ruhe lasse, könne es sein, ›dass die ukrainische Frage einschläft‹. Für Rohrbach war also die Ukraine ein neuralgischer Punkt aller wichtigen gesellschaftlichen Vorgänge im Russischen Reich, das mit der ›ukrainischen Frage‹ keine Ruhe finden dürfe. Diese Frage bestand für ihn, der Vertrauensmann der Politischen und Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes war, darin, nationale Unterschiede und Gegensätze der Ukrainer zu Polen und anderen Nichtrussen, vor allem aber zu den sogenannten Großrussen herauszustellen, vertiefen zu helfen und für eine Zersetzung des einheitlichen Russland auszunutzen. Das bestimmte seine Zusammenarbeit mit Ukrainern, Armeniern und anderen, Russen kritisch oder feindlich eingestellten Vertretern anderer Nationen. (…) Und wenn sie sich überhaupt mit der sozialen Lage der zumeist ukrainischen Landbevölkerung – einem zentralen Problem vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts – beschäftigten, dann fast nur unter dem Gesichtspunkt, dass es russische Großgrundbesitzer und Unternehmer waren, die sie unterdrückten und ausbeuteten. Dieser Aspekt war oft nur ein willkommener zusätzlicher Gesichtspunkt für die angeblich wesentlicheren, unüberbrückbaren nationalen Gegensätze zwischen Russen und Ukrainern. In seinem Bericht über die Ukraine schrieb Rohrbach schließlich: ›Wenn aber der Tag kommt, wo Russland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand so viel Kenntnis von den Dingen und soviel Entschlossenheit, dass er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß – dann, ja dann könnte Russland zertrümmert werden. Wer Kiew hat, kann Russland zwingen.‹«

Laut Remer galt Rohrbach im wilhelminischen Deutschland bald als der bedeutendste Ukraine-Spezialist. Ab 1912/13 und besonders im Ersten Weltkrieg habe er sein Thema »zu einer lautstark verbreiteten Russophobie« weitergeführt. Remer schreibt: »Durch solche alldeutsch-chauvinistischen Kräfte und deren propagandistische Unterstützung für alle antirussischen Positionen und Aktivitäten der nationalbewussten Führer in der russischen Ukraine sowie im (Ost-)Galizien der k. u. k. Monarchie sind die schon in früheren Jahren und Jahrzehnten geäußerten Meinungen über die Notwendigkeit einer Zertrümmerung des ›russischen Kolosses‹ und sein Zurückdrängen an und bis hinter den Ural nicht nur neu belebt worden, sondern sie erlangten in der Vorkriegszeit einen viel höheren Stellenwert. Was früher mehr Gedanke als Tat war, bekam mit der vollen Herausbildung der imperialistischen Gegensätze, mit dem Drängen des Deutschen Reiches nach Neuaufteilung Europas und der Welt, mit dem forcierten Aufrüsten in allen imperialistischen Hauptländern und dem Streben führender Vertreter des deutschen Monopolkapitals, der Militärs und alldeutscher Politiker nach einer großen militärischen ›Lösung‹ dieser Gegensätze programmatische, kriegsvorbereitende und -motivierende Bedeutung.«

## Zweifel an Revolutionierung

Ergänzt wurde diese Propagandaliteratur laut Remer, der sich u. a. auf Arbeiten von DDR-Historikern zur Kontinuität der deutschen »Ostkunde« bis in die BRD der 50er und 60er Jahre bezieht, durch eine sich damals herausbildende wissenschaftliche Russlandkunde: »Diese Gilde hat einige beachtliche Forschungen und Publikationen hervorgebracht, auf die noch heute zurückgegriffen werden kann. Dennoch gab es gemäß der damals vorherrschenden politischen Gedankenwelt und auch als Ergebnis ihrer eigenen Darstellungen eine Reihe Thesen, die nicht nur dem heutigen Kenntnisstand widersprechen, sondern sich schon damals als negativ prägend für die deutsche Ost-, Russland- und Ukrainepolitik erwiesen. Dazu gehörten unter anderen solche Akzentsetzungen, die den asiatisch-tatarisch-mongolischen Charakter des Russischen Reiches hypertrophierten oder seine gesellschaftlichen, geschichtlichen und kulturellen Leistungen gering veranschlagten beziehungsweise darauf zurückführten, dass Russland ›europäisiert‹, dass die Rolle deutsch-baltischer Barone, deutscher Generale, Wissenschaftler, Kaufleute und Handwerker stark übertrieben und den ›Großrussen‹ zumeist eine destruktive und kulturlose, eine rücksichtslose oder auch passiv-leidende Grundhaltung zugesprochen wurde. Obwohl der Zarismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zweifellos das (oder ein) Bollwerk der Heiligen Allianz und der (oder ein) ›Gendarm Europas‹ war, sahen diese Autoren zu wenig die qualitativen Veränderungen seiner Rolle, die nach dem Krimkrieg oder zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach den Niederlagen im Fernen Osten, mit der Revolution von 1905/06 oder seiner Balkanpolitik 1908/09 eingetreten waren. Außenpolitische, militärtaktische, wirtschaftliche Motive veranlassten die meisten deutschen Ostforscher auch nach der Jahrhundertwende das zaristische Regime noch immer als Bedrohungsfaktor Nummer eins für Deutschland und Europa darzustellen.«

Besonders nach Beginn des Ersten Weltkrieges hätten dann nicht nur alldeutsche Politiker, Ideologen und Publizisten die »monolithische« Einheit des Zarismus, von der bis 1914 letztlich die Reichspolitik ausging, in Frage gestellt. Die Idee der »sogenannten Revolutionierung russischer Randgebiete« sei zum Beispiel im Zusammenhang mit der russischen Revolution von 1905 bei alldeutschen Ideologen »etwas in den Hintergrund« getreten, »weil die Furcht vor einem Überspringen revolutionärer Gedanken und Bewegungen auf das Deutsche Reich, die Imponderabilien und Risiken für deutschen Besitz in Russland, weil die Verbundenheit der Bourgeoisie und Gutsbesitzer beider Staaten und die gemeinsame Bekämpfung aller revolutionär-

demokratischen Kräfte bestimmend waren«. Dem folgte der deutsche Kaiser selbst, wie Remer aus einem Bericht der Sächsischen Gesandtschaft vom Dezember 1905 zitiert: »Der Kaiser glaubt, dass die Vorgänge, die sich jetzt in Russland abspielen, nur die Einleitung zu einer fürchterlichen Katastrophe bilden, die das (Russische) Reich in eine Anzahl von Republik auflösen wird. Diese Republiken würden aber eine ständige Gefahr für Deutschland bedeuten, da sie zweifellos noch mehr zu Frankreich hinneigen würden, wie dies bei dem bisherigen absoluten Kaisertum der Fall war.«

Wilhelm II. hatte allen Grund für seine Befürchtungen: Die SPD unter August Bebel und viele deutsche Liberale äußerten Sympathie für die Revolution und prangerten die Massaker der Konterrevolution an. Der Gedanke von den »Randstaaten« des Zarenreichs, den Rohrbach maßgeblich entwickelt hatte, schien vom Tisch.

## »Randstaaten«-Idee

Aber die russisch-deutschen Gegensätze verschärften sich nach 1905 mit einer gewissen Unvermeidlichkeit. Der deutsche Imperialismus hatte mit dem Bau der sogenannten Bagdadbahn seit 1899 unmissverständlich seine Ansprüche auf einen »Platz an der Sonne« in Richtung Südosteuropa, Osmanisches Reich und sogar Indien angemeldet. Die zu 40 Prozent von der Deutschen Bank finanzierte, ab 1904 schrittweise in Dienst gestellte Bahn, wurde in London ebenso wie in St. Petersburg zu recht als Machtdemonstration gesehen. Das Zarenreich erhob aber Anspruch auf den Balkan als Einflusssphäre. So kam es nach der Annexion von Bosnien und der Herzegowina 1908 durch Österreich zu wütenden nationalistischen Aufwallungen in Serbien und Russland, die in den Balkankriegen 1912 und 1913 eskalierten. In Deutschland verschärfte sich zugleich die antirussische Propaganda von der »slawischen Gefahr«. Remer fasst zusammen: »Die Reichsleitung, der Generalstab und das Reichsmarineamt, Unternehmerverbände, nationalliberale und deutschkonservative Zeitungen machten aus ihrer Meinung keinen Hehl mehr, dass die deutsch-russischen Interessengegensätze auf dem Balkan und im Nahen Osten nicht mehr friedlich geregelt werden könnten. Immer wichtiger wurden für sie die unmittelbare militärische und psychologisch-propagandistische Kriegsvorbereitung sowie die Pläne für den militärischen Aufmarsch und für den Zeitpunkt des Kriegsbeginns. Eine gewisse antirussische Hysterie betrachteten seit 1912/13 Wilhelm II., Bethmann Hollweg und andere Regierungspolitiker, vor allem alldeutsche Funktionäre und führende Militärs als notwendiges, kriegsförderndes Moment, weil eine demagogische Komponente darin bestand, die sozialdemokratisch beeinflussten Massen des deutschen Volkes leichter für einen Krieg gegen den Zarismus, den Unterdrücker demokratischer und liberaler Kräfte sowie der Befreiungsbewegungen nichtrussischer Nationen, zu gewinnen.«

Aus: **junge Welt** Ausgabe vom 19.05.2023, Seite 12 / Thema
Deutsche Ukraine-Politik

# »Stoßrichtung Ukraine« – zweiter Versuch

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg rückte für den deutschen Imperialismus der Kampf gegen die Sowjetunion an die erste Stelle. Der ukrainische Nationalismus erhielt dabei einen höheren Stellenwert. Eine Literaturstudie (Teil II)

*Von Arnold Schölzel*

Slawa Ukraini! Herzlich Willkommen! Begrüßung deutscher Soldaten in einem ukrainischen Dorf 1942 (Aus dem Fotoalbum eines Wehrmachtssoldaten)

Der erste Anlauf des deutschen Imperialismus zu einem »Platz an der Sonne« war 1918 gescheitert. Am Willen, es noch einmal zu versuchen, änderte das nichts. Die Weichen für den Revancheweltkrieg wurden geistig früh gestellt, die nach der Oktoberrevolution aufkommende Russophobie wurde rasch mit dem Begriff des »Untermenschen« verbunden. Den Begriff übernahmen die deutschen Ideologen vom Anthropologen, Rassentheoretiker und Eugeniker Lothrop Stoddard und dessen 1925 auf Deutsch erschienenem Buch »Der Kulturumsturz. Die Bedrohung durch den Untermenschen« (Original 1922: »The Revolt against Civilization. The - Menace of the Under Man«). Da dieser Zusammenhang in englischsprachigen Ländern weitgehend unbekannt ist, wird »Untermensch« oft mit »subhuman« falsch rückübersetzt.

Stoddard wendete den Begriff sofort antikommunistisch: Er identifizierte den Bolschewismus mit einem rassistisch definierten Judentum und dieses mit dem »Untermenschen«. Der Naziideologe Alfred Rosenberg griff dies in seinem Buch »Der Mythus des 20. Jahrhunderts« auf und machte den »Untermenschen« zu einem Schlagwort der Nazis.

## Langfristig planen

Auch der deutsche Ukraine-Spezialist Paul Rohrbach (1869–1956), der mit seinem »Randstaaten«-Konzept zur Auflösung Russlands 1918 scheinbar gescheitert war, griff 1927 den Begriff »Untermensch« auf. Unter der Überschrift »Aufstieg und Untermensch« schrieb er in der Zeitschrift

*Gewissen*: »Was ist das, der Untermensch? Kein Begriff, keine bloße Idee, kein Sinnbild und kein Gleichnis, sondern etwas schreckhaft Lebendiges. Wenn wir sagen, dass unsere Volkszukunft bedroht ist durch den Untermenschen, so heißt das: unter uns verkleinert sich die Zahl der Menschen, deren Erbmasse reich genug an Tüchtigkeit ist! (…) Wo kommt der Untermensch her? Er kommt nirgends her, er ist da, von Anfang an und in jedem Volk.«

Der kulturpessimistische Katzenjammer hielt weder bei ihm noch bei anderen seiner Art lange an. Sie widmeten sich wieder ihrem Hauptthema, und das hieß jetzt: Zerstörung der Sowjetunion plus Auflösung Russlands. 1967 skizzierte der DDR-Historiker Claus Remer die Lage der deutschen Ostforscher nach dem Ersten Weltkrieg so: »In antisowjetischen Studien und Plänen, z. B. in einem ›Entwurf für eine Operation gegen die Bolschewisten‹ vom 23. Januar 1919 des damaligen Majors und späteren Generals von Stülpnagel, spielte zwar die Ukraine keine unwesentliche Rolle, aber sie waren unter den politischen Verhältnissen der ersten Jahre der Weimarer Republik auf keine Weise zu verwirklichen. Auch solche angeblichen Ukraine-Freunde wie Paul Rohrbach versuchten nach der Novemberrevolution und insbesondere in den ersten Jahren der Neuen Ökonomischen Politik in Sowjetrussland in Denkschriften und Broschüren auf die Reichtümer der Ukraine, z. B. auf die Kursker Magnetanomalie, hinzuweisen, damit dort deutsches Kapital Fuß fasse.« (Alle Zitate sind diesem Band entnommen: »Zur Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus. Protokoll einer Arbeitstagung am 23.9.1967 in Berlin«, Jena 1969)

Allerdings habe es neben Leuten wie Rohrbach, die eine antisowjetische und von Deutschland abhängige Ukraine anstrebten, »in den Kreisen der deutschen Bourgeoisie, rechtsstehender Regierungspolitiker und Wissenschaftler auch eine starke Fraktion« gegeben, »die am Gedanken des einigen, unteilbaren Russland, ungeachtet des jetzigen sowjetischen Charakters dieses Staates, festhielt«. Mit dem deutsch-sowjetischen Handelsabkommen vom Mai 1921 wurde nämlich die - sowjetische Vertretung in Berlin als einzige offizielle Vertretung Russlands in Deutschland anerkannt. Emigrantenregierungen und deren Vertretungen waren damit formal aus dem Feld geschlagen. Das hinderte, so Remer, »deutsche Regierungsstellen nicht, mit antisowjetischen Emigrantencliquen zu verhandeln und sie zu fördern.«

Man dachte langfristig. Remer schreibt: »Schon bald nach dem Abschluss des Rapallo-Vertrages setzte eine immer stärkere Westorientierung der deutschen Monopolbourgeoisie ein, die mit einer immer selbständigeren Position des deutschen Imperialismus einherging.« Mit dem Abschluss des Locarno-Abkommens 1925, in dem sich Deutschland verpflichtete, im Westen keine Grenzrevision anzustreben, sich im Osten dies aber offenhielt, habe sich Deutschland »stärker in die antisowjetische Front der imperialistischen Westmächte« eingereiht. Remer zitiert den DDR-Historiker Wolfgang Ruge: »Dabei versäumten es die englischen Politiker nicht, den antisowjetisch gesinnten Machthabern des damaligen Polens eine höchst illusorische Kompensation für die Revision der polnischen Westgrenze in Form der Eroberung sowjetischer Gebiete in Aussicht zu stellen. Vielsagend erklärte Chamberlain zum Beispiel dem polnischen Außenminister, dass der geplante Garantiepakt es Polen erlaube, seine Interessen gegen Russland besser zu wahren.« Remer ergänzt: »Es ist klar, dass die herrschende Klasse Polens damals, wenn sie gekonnt hätte, weitere ukrainische und belarussische Gebiete annektiert hätte. Der in Locarno einkalkulierte Schlag des imperialistischen Deutschlands sollte also letztendlich die UdSSR und damit auch die Sowjetukraine treffen.«

Remer erwähnt, dass so zwar die »Stoßrichtung Ukraine« des deutschen Imperialismus Ende der 1920er Jahre etwas stärker hervortrat, aber gerade damals hätten sich »auch zahlreiche

freundschaftliche Verbindungen zwischen deutschen und sowjetukrainischen Künstlern, Wissenschaftlern und Technikern« entwickelt. Von demokratischen deutschen Wissenschaftlern seien »diese Verbindungen oft als ein bewusster, humanistischer Beitrag zur Überwindung der reaktionären Ukraine-Ideologie des deutschen Imperialismus in den Köpfen der Intelligenz angesehen« worden. Remer führt an, dass 1927 und 1928 95 Prozent der wissenschaftlichen Auslandsreisen ukrainischer Gelehrter nach Deutschland führten, fünf Prozent nach Frankreich, Dänemark, in die Tschechoslowakei und in andere Länder.

## Enge Beziehungen zur OUN

Diese Entwicklung wurde durch die Weltwirtschaftskrise, vor allem aber durch die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland unterbrochen. Remer schreibt: Die Machtübergabe an Hitler sei »eine potentielle Kriegserklärung« an die UdSSR gewesen. Die »Stoßrichtung Ukraine« sei »mehr und mehr in das Stadium konkreter Überlegungen und Pläne« gerückt.

Sofort nach dem Januar 1933 versuchten nach Remers Darstellung die Faschisten, »die verschiedenen ukrainischen Emigrantenorganisationen in Deutschland zusammenzufassen, sie stärker ideologisch zu beeinflussen und für spätere militärische Aktionen gegen die Sowjetukraine vorzubereiten«. Für diese Fragen sei bei den Nazis Alfred Rosenberg, ein Baltendeutscher, zuständig gewesen. Die stärkste und einflussreichste Emigrantenvereinigung war bereits damals die »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN), die 1929 in Wien gegründet worden war. Der nach dem Frieden von Brest-Litowsk 1918 von den Mittelmächten als Diktator der Ukraine eingesetzte »Hetman« Pawlo Skoropadskij trat offen in die Dienste der Nazis. Er hatte nach seiner Flucht aus Kiew 1919 fürstlich im Berliner Exil gelebt, sah aber in der OUN eine Konkurrenz zu seiner Organisation »Hromada«. Ähnlich wie Gustav Stresemann 1925 in Locarno, so Remer, »verwiesen jetzt die Nazis in ihrer Gier nach polnischen Territorien bei Verhandlungen mit polnischen, französischen und englischen Politikern darauf, dass Polen als Kompensation einen weiteren Teil der Ukraine mit einem Ausgang zum Schwarzen Meer erhalten beziehungsweise sich holen solle«. Den ukrainischen Nationalisten gegenüber sprachen die Nazis von der Errichtung einer »selbständigen« Ukraine, waren daran aber letztlich aufgrund der eigenen Pläne nicht interessiert.

Die deutschen Faschisten bauten engere Beziehungen zur OUN erst wieder bei der Vorbereitung des Krieges gegen Polen auf. Remer erwähnt eine charakteristische Episode nach dem Münchener Abkommen. Mit ihm hatten die Westmächte dem deutschen Imperialismus die Tschechoslowakei ausgeliefert und grünes Licht für den Krieg gegen die Sowjetunion gegeben. Bei Remer heißt es: »In dieser Zeit (1938) zwang der faschistische deutsche Staat die tschechoslowakische Regierung, der Karpatoukraine die Autonomie zu gewähren. Die Hoffnungen der ukrainischen Nationalisten waren nun darauf gerichtet, dieses Gebiet als Ausgangspunkt für die verstärkte antisowjetische Tätigkeit in der Sowjetunion, aber auch für die antipolnische Wühlarbeit in den von Polen annektierten westukrainischen Gebieten zu benutzen. Sie waren daher sehr enttäuscht, als im März 1939 der faschistische deutsche Imperialismus Horthy-Ungarn gestattete, die Karpatoukraine zu annektieren. Gruppen von Karpatoukrainern, die sich den einmarschierenden Ungarn entgegenstellten, erlitten blutige Verluste und wurden in ungarische Gefängnisse gebracht. Der Abwehrchef der Nazis, Admiral Canaris, erreichte aber, dass die in ungarischen Gefängnissen sitzenden Ukrainer nach Deutschland gebracht wurden. Sie fanden Verwendung in einem

Spezialbataillon, das am Chiemsee ausgebildet wurde, sechs Monate später, im September 1939, an der Okkupation Polens teilnahm und dann für antisowjetische Aktionen eingesetzt werden sollte.«

Für die Nazis spielte nach der Darstellung Remers von 1933 bis zur unmittelbaren Kriegsvorbereitung »der Gedanke einer ›unabhängigen‹ Ukraine und eines baltischen Staatenbundes in den Auseinandersetzungen mit der polnischen, französischen und sowjetischen Diplomatie noch eine Rolle. Hierfür glaubte die Naziführung alle ukrainischen Emigranten vom Monarchisten Skoropadskij bis zu den OUN-Anhängern begeistern zu können«. Die Gegensätze zwischen Emigrantengruppen seien aber sehr stark gewesen. Hinzu sei gekommen: In dem Maß, in dem die Nazis ihre Politik gegenüber der Tschechoslowakei und Polen durchsetzen und mit dem Überfall auf die Sowjetunion auch dort praktizieren konnten, hätten sie »an einer relativ geschlossenen ukrainischen Organisation, die eigene nationalistische Interessen anmeldete und eine ›nationale‹ Ukraine wünschte, kein Interesse« gehabt: »Es reichte aus, wenn ukrainische Nationalisten für Spionage-, Diversions- und Terrorakte in Polen und der Sowjetunion zur Verfügung standen.«

Laut Remer verfolgte allerdings Rosenberg eine etwas abweichende Linie, die nach 1945 von ukrainischen Nationalisten in Westdeutschland »glorifiziert« worden sei. Rosenberg habe »zum Beispiel in einer Denkschrift vom 2. April 1941 und in weiteren Vorschlägen nach dem 22. Juni 1941 eine gewisse Selbstverwaltung nationalistischer Ukrainer für die Zeit bis zum geplanten faschistischen Endsieg in Aussicht« gestellt. Rosenberg, der am 17. Juli 1941 zum »Reichsminister für die besetzten Ostgebiete« ernannt wurde, sowie ihm gleichgesinnte Ideologen seien davon ausgegangen, »dass der militärische Sieg über die Sowjetunion durch eine gewisse Kollaboration mit ukrainischen und anderen Nationalisten leichter und deshalb notwendig sei. Diese Nazis setzten sich deshalb auch dafür ein, die Handvoll nationalistischer und faschistischer Ukrainer, zum Beispiel der OUN-M (das M steht für deren Anführer Andrij Melnyk, A. S.) zu Verwaltungsaufgaben in der von Hitlerdeutschland besetzten Ukraine heranzuziehen. Es klang in den Ansichten Rosenbergs jene Randstaatenpolitik an, der wir bereits im Ersten Weltkrieg, etwa beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kühlmann, begegneten.« Diese Politik, so Remer 1967, werde in Westdeutschland vor allem deshalb positiv hervorgehoben, weil sie »aussichtsreicher als die offen gescheiterte, brutalere Linie eines Hitler und Erich Koch (ab 1. September 1941 Reichskommissar der Ukraine, A. S.) erscheint, die von einer auch nur irgendwie gearteten Selbstverwaltung oder sogar Staatlichkeit der Ukraine nichts wissen wollten«. Sowohl Rosenbergs Pläne als auch die von Hitler und Koch vertretene Linie basierten darauf, dass die UdSSR nach dem Ansturm der Wehrmacht »wie ein Kartenhaus auseinanderfallen würde«.

## Faschistische Besatzung der Ukraine

Remer fasst die faschistische Besatzung der Ukraine so zusammen: »Unter Erich Kochs Herrschaft als Reichskommissar der Ukraine wüteten die faschistischen deutschen Einsatzgruppen und Polizeitruppen unter der ukrainischen Bevölkerung. Auch die Sauckelschen Sklavenjäger (Fritz Sauckel war ab 1942 »Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz« in der deutschen Industrie, A. S.) suchten ihren ›Bedarf‹ vornehmlich in der Ukraine zu decken. Die Nazis unternahmen weiterhin beträchtliche Anstrengungen, um die ukrainische Industrie nach der Okkupation für die faschistischen Kriegsziele wieder in Gang zu bringen. Alle großen deutschen Konzerne, so Krupp, Mannesmann, Siemens und Flick, besaßen in der Ukraine sogenannte Treuhandbetriebe, deren hohe Gewinne ihnen zugute kamen. Die ukrainische Landwirtschaft wurde vor allem mit Hilfe der

›Zentralhandelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.‹ ausgeplündert. Die Versuche der Nazis, durch einen Agrarerlass vom Februar 1942 und andere Maßnahmen, die alle weitgehend auf dem sogenannten Schiller-Plan (Karl Schiller, von 1966 bis 1972 Wirtschaftsminister für die SPD in Bonn. Er hatte als NSDAP-Mitglied 1940 in Kiel über das Thema Agrarregulierung habilitiert, A. S.) basierten, eine stufenweise Abschaffung der Kollektivwirtschaften vorzunehmen und gerade die ukrainische Landbevölkerung für sich zu gewinnen, sind kläglich gescheitert.«

Remer kommt zu dem Schluss: »Ein Vergleich der strategischen Ziele des imperialistischen Deutschland und der davon abgeleiteten Okkupationspolitik im Jahre 1918 und in den Jahren 1941 bis 1944 lässt die prinzipielle Gleichartigkeit deutlich werden, jedoch mit dem Unterschied, dass der deutsche Imperialismus im Zweiten Weltkrieg noch brutaler und rücksichtsloser vorging, aber auch dank der Kraft der Roten Armee und dem enorm gestiegenen Widerstandswillen der sowjetischen Zivilbevölkerung eine wesentlich eklatantere Niederlage hinnehmen musste.«

Remer zählte 1967 in der BRD »über 100 Einrichtungen der Ostforschung, der Sowjetologie und der Ostkunde« sowie Einrichtungen wie den Sender *Radio Freies Europa* in München. Sie seien angetreten, im Rahmen der US-Globalstrategie »die Einheit des sowjetischen Multinationalitätenstaates zu untergraben« sowie künstliche Gegensätze zwischen der Ukraine und Russland aufzubauen. Zugleich finde in der westdeutschen Geschichtsschreibung und Publizistik keine Abrechnung mit der deutschen Ukraine-Politik in den Weltkriegen statt. Die ukrainischen Emigrantenorganisationen erfreuten sich in der BRD ideologischer und materieller Unterstützung jeder Art, darunter die 1949 in München ins Leben getretene Deutsch-Ukrainische Gesellschaft. Ihr gehe es darum, die angeblich gemeinsamen antisowjetischen Interessen des deutschen und ukrainischen Volkes herauszuarbeiten und der vergangenen Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus einen positiven Anstrich zu geben, um zukünftig »wieder eine unmittelbare Ukraine-Politik zu ermöglichen«.

## Ukrainisches Institut

Die Ukraine ist seit 1991 ein Tummelplatz von Nationalisten und Faschisten, die sich stolz auf die Kollaborateure der Nazis berufen. Spätestens mit dem Putsch vom Februar 2014 haben sie die politische Hegemonie inne, zusehends auch die kulturelle. Erneut spielt der deutsche Imperialismus dabei eine entscheidende Rolle. Er kann dabei an die von Remer aufgezeigten Traditionen anknüpfen. Das soll im folgenden an einem Fallbeispiel beleuchtet werden.

Der Historiker Gerd Voigt referierte auf der im Buchtitel erwähnten Tagung 1967 in Berlin über »Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut (UWI) in Berlin (1926–1945)«. Er betonte in seinem Vortrag einleitend, dass Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg nicht das Zentrum der antisowjetischen Emigration aus der Sowjetukraine gewesen sei. Besonders die Tschechoslowakei, die erst 1934 die UdSSR völkerrechtlich anerkannte, habe ukrainische Emigranten finanziell und juristisch großzügig unterstützt und ein ganzes System wissenschaftlicher ukrainischer Einrichtungen geschaffen, darunter 1921 die Freie Ukrainische Universität in Prag, die bis 1945 dort arbeitete und dann nach München floh, wo sie heute noch existiert.

Die deutsche Reichsregierung verhielt sich vorsichtig. Der in Berlin lebende »Hetman« Skoropadskij »war keine besonders zugkräftige Gestalt« (Voigt), die Mehrzahl der ukrainischen Emigranten orientierte sich auf die Westmächte, nicht auf das geächtete und geschwächte

Deutschland. Beträchtliche Teile der deutschen Bourgeoisie sympathisierten zudem mit der Rapallo-Politik, d. h. formal guten Beziehungen zur Sowjetunion.

Das alles führte nach Voigt dazu, dass dem deutschen Imperialismus in Sachen Ukraine nur das im November 1926 nach mehrjähriger Vorbereitungszeit gegründete UWI für Beratungs- und Erkundungszwecke zur Verfügung stand. Voigt räumte 1967 ein, dass die Quellenlage relativ ungünstig sei und es nicht zulasse, »die ›Geheimgeschichte‹ des Instituts, besonders in der hitlerfaschistischen Zeit und nach dem Überfall auf die UdSSR, aufzuhellen«. Das von ihm Zusammengetragene erscheint dennoch exemplarisch.

So zitiert er aus einem Bettelbrief für das Institut an den Reichsinnenminister vom Juli 1932, in dem auf die angeblich erfolgreiche Agitation unter ukrainischen Kriegsgefangenen während des Ersten Weltkrieges Bezug genommen wird. Der Erfolg sei gewesen, »dass 3.000 Mann Ukrainer beim Vormarsch in das südrussische Gebiet zur Verfügung der deutschen Armee gestanden haben und weiter, dass eine Kolonie von ukrainischen Flüchtlingen in Berlin, die teilweise aus den Gefangenenlagern stammen, die Beziehungen zwischen ihrem Volkstum und Deutschland aufrechtzuerhalten suchen.« Ein Instrument dafür sei das UWI. Voigt folgert: »Hinter dem Institut standen demnach führende deutsche Annexionisten und Militaristen sowie solche ukrainische Kräfte, die bereits während des Ersten Weltkrieges militärisch mit dem deutschen Imperialismus kollaboriert hatten und nach den Plänen der ›Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation‹ als Stützen der deutschen Okkupationspolitik gedacht waren.« Finanziell getragen wurde das UWI vom Auswärtigen Amt, dem Reichsinnenministerium, dem preußischen Kultusministerium und weiteren Förderern. Vorsitzender des UWI-Kuratoriums wurde 1926 Generalleutnant Wilhelm Groener, der 1918 die Einsetzung Skoropadskijs als »Hetman« in Kiew durchgesetzt hatte. Weitere Mitglieder des Kuratoriums waren der konservative Ökonom Max Sering sowie als Repräsentanten des UWI der ehemalige Außenminister Skoropadskijs Dmitro Doroschenko und der Philosoph Iwan Mirtschuk. Der entschieden antirussische Doroschenko leitete das UWI bis 1931, Mirtschuk anschließend bis 1945.

Das UWI blieb, so Voigt, allerdings »die Domäne weniger Personen«, d. h. die Vorlesungs- und Publikationstätigkeit strahlte nicht aus. Die Zahl der Stipendiaten schwankte um die 20, insgesamt wurden nach Schätzung Voigts etwa 100 bis 120 Angehörige der antisowjetischen Emigration bis 1945 ausgebildet. Für sie war in Berlin-Adlershof ein spezielles ukrainisches Studentenheim reserviert. Ab 1933 war dafür gesorgt, dass laut einem Bericht ein Teil der Bewohner »der SA zugeführt« wurde. Das UWI wurde gegen eine symbolische Miete ab Herbst 1933 repräsentativ im Marstall am Berliner Schloss untergebracht. Voigt fasste die Bilanz des UWI so zusammen: »Der Antisowjetismus durchzog als Konstante sein gesamtes Wirken. Er trat als Antirussismus auf, der sich gegen den staatsrechtlichen Zusammenschluss der Völker zur UdSSR richtete.« Die meisten Mitarbeiter seien früh auf profaschistische Positionen übergegangen und hätten sich nach 1933 der Hitlerdiktatur zur Verfügung gestellt: »In ihren Veröffentlichungen verband sich der ukrainische Nationalismus mit den Hauptelementen der faschistischen deutschen Ideologie.« Aus dem Antisowjetismus sei im Zweiten Weltkrieg »direkte Hilfeleistung für das nazistische Okkupationsregime« geworden. Das UWI musste sich allerdings damit begnügen, nur Hilfsorgan zu bleiben.

## »Ukrainertum« mit Reifegrad

Sein allgemeines Konzept lässt sich nach Voigt der 1939 veröffentlichten »Geschichte der Ukraine« von Borys Krupnyckyj entnehmen, die 1943 und 1963 Nachauflagen erlebte – stets im Verlag Harrassowitz. Der Hauptinhalt des Buches, so Voigt, bestand »in dem Versuch, möglichst viele Prozesse und Leistungen zu einer eigenwertigen ukrainischen Geschichte zusammenzufassen und die Unterschiede zwischen Russland und der Ukraine auf allen Gebieten scharf hervorzuheben.« Die Formel »Russland = Zar = nationale Unterdrückung« finde sich generell in dem Buch. Die Jahre 1917 bis 1920, »die Krupnyckyj im Ton krassen Antibolschewismus schilderte«, waren demnach der bisherige Höhepunkt der »ukrainischen Nationalbewegung«. Das Buch endet mit der Ankündigung, das »Ukrainertum« habe »einen politisch-nationalen Reifegrad erreicht, der mit Notwendigkeit zum eigenen völkisch-staatlichen Dasein führen muss«. Voigt kommentiert, solche 1939 veröffentlichten Sätze zeigten, »dass die führenden Mitarbeiter des ukrainischen Instituts in Berlin zu den geistigen Wegbereitern und Propagandisten der OUN gehörten« und deren Politik nach dem Überfall auf die Sowjetunion seit Jahren vorbereitet hatten. Das gelte auch für das 1941 von Mirtschuk herausgegebene »Handbuch der Ukraine«.

Dieser war nach Voigts Darstellung die wichtigste Person am UWI. Er hatte ab November 1918 in der Westukraine gegen Bolschewiki und Polen gekämpft, floh 1919 nach Wien und habilitierte sich dort. Er siedelt zwar 1926 nach Berlin um, blieb aber Professor an der Ukrainischen Freien Universität in Prag, hielt ab 1929 auch Vorlesungen an der Berliner Handelshochschule und ab 1940 auch »an der faschistisch initiierten und durchsetzten Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität«. Er sei »im Laufe der Zeit immer stärker auf die hitlerfaschistische Linie eingeschwenkt«. Mirtschuk hatte sich 1935 freiwillig zum deutschen Militär gemeldet und nahm 1939 als Dolmetscher und Leiter einer Spionageabwehrabteilung am deutschen Überfall auf Polen teil. In einem 1944 veröffentlichten Vorlesungsdruck vertrat er die These: »Rassisch stehen die Ukrainer den südslawischen Stämmen wie Serben, Bulgaren und Kroaten näher als den Russen und Polen, mit denen sie jedoch geschichtlich leider sehr eng, vielleicht allzu eng verknüpft gewesen sind.« Mirtschuk schrieb laut Voigt »nicht nur von der Wesensverwandtschaft zwischen Judentum und ›moskowitischem Bolschewismus‹«, sondern verlegte deren Ursprung auch noch in die Zeit Iwans IV., des »Schrecklichen«, im 16. Jahrhundert.

Solche »wissenschaftlichen« Leistungen prädestinierten Mirtschuk für eine Nachkriegskarriere in Westdeutschland. Er wurde schon 1947 Rektor der aus Prag nach München geflüchteten Ukrainischen Freien Universität und später in die Bayerische Akademie der Wissenschaften aufgenommen, war seit 1955 Mitglied des Münchener Instituts zur Erforschung der UdSSR und Chefredakteur von dessen *Sowjetstudien*. Das Manuskript von 1944 veröffentlichte er 1957 noch einmal unter dem Titel »Geschichte der ukrainischen Kultur« – unter Weglassung der Blut-und-Boden-Passagen. Für die nächste Runde der imperialistischen deutsch-ukrainischen Freundschaft war so kopfmäßig alles vorbereitet. Konrad Adenauer hatte gerade taktische Atomwaffen zur Weiterentwicklung der Artillerie erklärt.

Aus: **junge Welt** Ausgabe vom 28.10.2023, Seite 12 / Thema
Geschichte der Ukraine

# Der Bandera-Kult

Vom Mörder und Faschisten zum Führer der Nation: Zur Geschichte der Bandera-Verehrung. Eine Literaturstudie (Teil 3 und Schluss)

*Von Arnold Schölzel*

*Vier Museen, 40 Denkmäler und Dutzende Straßen gibt es in der Ukraine zu Ehren von Stepan Bandera (Lwiw, 1.1.2023)*

Die bisher einzige wissenschaftliche Biographie über Stepan Bandera (1909–1959) veröffentlichte 2014 der deutsch-polnische Historiker Grzegorz Rossoliński-Liebe im Stuttgarter Ibidem-Verlag auf englisch unter dem Titel »Stepan Bandera: The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist: Fascism, Genocide, and Cult« (Stepan Bandera: Das Leben und Nachleben eines ukrainischen Nationalisten: Faschismus, Völkermord und Kult). Das Buch beruht auf der 2012 an der Universität Hamburg verteidigten Dissertation des Autors. Es enthält wesentlich mehr als eine gewöhnliche Biographie, geht vielmehr zurück zu den ideologischen Quellen des ukrainischen Nationalismus, schildert das Entstehen der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und ihr Fortleben über den Tod ihres »Prowidnik« (Führers) Bandera hinaus und befasst sich im abschließenden zehnten Kapitel mit Themen wie »Das erste Bandera-Denkmal in der Ukraine«, »Der Bandera-Kult in der Geschichtsschreibung«, »Bandera-Museen« sowie »Bandera-Straßen, Gedenktafeln und Denkmäler«. Der Band wurde ins Polnische, Ukrainische und Russische übersetzt, nicht aber ins Deutsche.

## Mythisch und realitätsfern

Im Vorwort schildert Rossoliński-Liebe, auf welche Feindseligkeit er stieß, als er in der Ukraine kritische Nachfragen stellte. Seine Schlussfolgerung lautet, »dass die gewöhnlichen Darstellungen Banderas – ob apologetisch oder dämonisierend – auf Leugnung bestimmter Aspekte seiner Vergangenheit und auf kollektiver Falschinformation, insbesondere in der postsowjetischen

Westukraine«, beruhen. Bei Nachforschungen zur Nachkriegsperiode habe er begriffen, dass »unser Verständnis von Bandera und seiner Bewegung im wesentlichen auf der Propaganda der Bewegung basierte«. Von deren Veteranen und ihren Sympathisanten sei diese »den Realitäten des Kalten Krieges angepasst« worden. Einige tausend dieser Leute hatten in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs zusammen mit den Deutschen die Westukraine verlassen und lebten in verschiedenen Ländern des westlichen Blocks. Je länger er geforscht habe, so Rossoliński-Liebe, desto erstaunter sei er gewesen, »wie mythisch und realitätsfern die Bandera-Bilder sind«. In der 1991 unabhängig gewordenen Ukraine hätten Historiker dem nichts entgegengesetzt, vielmehr seien die Erzählungen der OUN-Veteranen verbreitet worden.

Insbesondere die »Kontextualisierung« Banderas und der OUN durch den Autor rief heftige Reaktionen extrem rechter Aktivisten und Stirnrunzeln bei Historikerkollegen hervor. Hauptpunkt: die Verwicklung der Bandera-Anhänger in den Holocaust. Programm und Aktionen der Judenvernichtung strichen sie bereits während des Zweiten Weltkrieges aus ihren Dokumenten oder fälschten diese einfach. Heute ist insbesondere in der Ukraine ein Grad von Dreistigkeit in dieser Hinsicht erreicht, der ziemlich einmalig ist: Bandera und die OUN waren demnach nie Antisemiten, geschweige denn, dass sie an Pogromen wie denen in Lwów (heute Lwiw) im Juli 1941 teilgenommen hätten.

Je länger Rossoliński-Liebe an seiner Studie arbeitete, desto mehr wurden seine Forschungen und er als Person angegriffen. Als er im März 2012 von der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und der deutschen Botschaft in Kiew eingeladen wurde, sechs Vorträge über Bandera in drei ukrainischen Städten zu halten, wurden alle abgesagt. Nicht nur rechte Aktivisten, sondern auch »liberale« Wissenschaftler hatten, wie der Autor schreibt, eine »organisierte Hysterie« entfacht. Schließlich fand nur ein Vortrag auf dem Gelände der deutschen Botschaft statt. Vor dem Gebäude hatten sich an die hundert wütende Demonstranten versammelt, die Interessierte von der Veranstaltung fernhalten wollten. Laut ihren Parolen war Rossoliński-Liebe ein »Enkel von Joseph Goebbels« und »liberaler Faschist aus Berlin«.

## Nationalismus und Faschismus

Aus der Sicht Rossoliński-Liebes entstand die fast sakrale Verehrung Banderas in den 1930er Jahren »und besteht bis in die Gegenwart fort«. Das Ziel seiner Untersuchung ist der Kontext, in dem Person und Kult wechselseitig standen. Neben der Biographie enthält sein Buch daher auch eine Geschichte der OUN und Analysen der Schriften, die den Bandera-Kult bis heute fördern. Bandera selbst sei nicht zufällig »das zentrale Symbol des ukrainischen Nationalismus« geworden. Mit seiner Radikalität und doktrinären Entschlossenheit, die »Wiedergeburt« der ukrainischen Nation herbeizuführen, habe er die Erwartungen seiner Gefolgsleute erfüllt. Diese Eigenschaften hätten ihn zum Symbol der »gewalttätigsten westukrainischen Bewegung im 20. Jahrhundert« gemacht, der OUN, die Ende 1942, Anfang 1943 die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) gründete, nachdem Hitler seinen glühenden Verehrern einen ukrainischen Staat verweigert hatte. Anders als andere »Führer« seiner Zeit, regierte Bandera zwar nie einen Staat, die »Ironie der Geschichte«, so der Autor, habe es aber gewollt, dass der damalige ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko ihn 2010 zum »Helden der Ukraine« erklärte.

Der »politische Mythos um Bandera« war, so Rossoliński-Liebe, in der Ideologie des ukrainischen Nationalismus verankert, »der in den 1920er, 1930er und den frühen 1940er Jahren einen Prozess der Faschisierung durchlief«. Wie die NSDAP und die kroatische Ustascha habe die OUN den

Begriff »Faschismus« nicht im Parteinamen genutzt, ihre Mitglieder seien aber davon ausgegangen, dass es sich beim ukrainischen Nationalismus um dasselbe handele. Zugleich hätten sie sich wie die kroatische Ustascha oder die slowakische Hlinka-Partei in der Tschechoslowakei als Befreiungsbewegung verstanden, »die in einem revolutionären Akt die Macht übernehmen und eine faschistische Diktatur errichten« sollten. Eine Spezifik der OUN sei zudem die Wahrnehmung der Sowjetunion als wichtigstem Feind gewesen.

Als Beispiel für Weißwäscherei vom Faschismusvorwurf führt Rossoliński-Liebe einen 1955 erschienenen Dokumentenband an, Titel: »Die OUN im Lichte der Resolutionen der Großen Kongresse«. Darin wurden die Beschlüsse des zweiten »Großen Kongresses«, der im April 1941 in Kraków im faschistisch besetzten Polen stattgefunden hatte, abgedruckt. Rossoliński-Liebe, der Original und Reprint verglichen hat, schreibt: »Gemäß den ursprünglichen Beschlüssen führte die OUN einen faschistischen Gruß ein, der darin bestand, den rechten Arm ›leicht nach rechts, leicht über den Scheitel‹ zu heben und dabei ›Ruhm der Ukraine!‹ zu sagen (Slawa Ukraini!) und als Antwort ›Ruhm den Helden!‹ (Geroiam Slawa!). In der Ausgabe von 1955 wurde dieser besondere Teil des Textes ausgelassen.«

Anzunehmen ist, dass der deutsche »Zeitenwende«-Bundeskanzler und seine Kabinettsmitglieder, die diesen Gruß seit Februar 2022 regelmäßig verwenden, auch nach Kenntnis von dessen Geschichte keinen Grund zur Retusche sehen.

## Staatenverhältnisse

Rossoliński-Liebe vertritt die Ansicht, dass der Terminus »Ukraine« in Galizien um 1900 in Gebrauch kam, obwohl er offensichtlich schon länger existierte. Erst die ukrainische Nationalbewegung »behauptete« demnach, es habe schon im Mittelalter »Bewohner der ›ukrainischen Territorien‹« gegeben. Von Beginn im späten 19. Jahrhundert an, so Rossoliński-Liebe, wurde sie »zunehmend feindlicher gegenüber Juden, Polen und Russen«. Polen galten als Besatzer, Juden als deren Helfer, Russen als Vertreter des Reichs, das einen großen Teil der Ukraine beherrschte. Allerdings verstand sich demnach schon damals die Mehrheit der Ukrainer als ein den Russen verwandtes Volk. Nach dem Zerfall des Deutschen, des österreichischen und des Zarenreichs entstanden in Osteuropa mehrere neue Staaten, allerdings kein ukrainischer. Bei den Friedensverhandlungen in Versailles wurden Vertreter der Ukraine von oben herab behandelt. Der polnische panslawistische Politiker Roman Dmowski bezeichnete sie als »Banditen«, einen möglichen ukrainischen Staat als deutsche Intrige und die Westukrainer, die im Habsburger Reich Ruthenen genannt worden waren, als Leute, die nichts mit den Ukrainern zu tun hätten. Ähnlich sahen das nicht wenige Zeitgenossen, einschließlich Rosa Luxemburg.

Besiegelt wurden die Grenzen der Ukraine der Zwischenkriegszeit durch den Frieden von Riga am 18. März 1921 zwischen Polen, Sowjetrussland und der Sowjetukraine. Der Vertrag beendete zugleich seit 1917 anhaltende antijüdische Pogrome in der Westukraine, bei denen 50.000 bis 60.000 Menschen ums Leben gekommen waren.

Bis zum Zweiten Weltkrieg lebten Ukrainer somit in vier Staaten: 26 Millionen in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, 0,5 Millionen in der Tschechoslowakei, 0,8 Millionen in Rumänien und fünf Millionen in Polen, 3,5 Millionen davon im ehemals österreichischen Galizien und 1,5 Millionen im früher russischen Wolynien. Dort war die führende politische Kraft unter den Ukrainern bis 1939 die Kommunistische Partei der Westukraine (KPSU), in Galizien waren es bürgerlich-nationalistische Gruppen. Die Sowjetukraine verfolgte zunächst einen Kurs der

»Ukrainisierung«, die Tschechoslowakei gewährte großzügige Minderheitenrechte, Polen und Rumänien allerdings drängten auf Assimilation. Sie schränkten den Gebrauch der ukrainischen Sprache an Bildungsstätten ein oder verboten ihn. Im öffentlichen Dienst konnten Ukrainer kaum Karriere machen. Sie bildeten faktisch einen Staat im Staat, indem sie zum Beispiel Agrargesellschaften bildeten, die nur Ukrainer beschäftigten.

Rossoliński-Liebe zitiert einen deutschen Journalisten, der im Frühjahr 1939 Galizien bereiste: Die ukrainische Bevölkerung hoffe, dass »Onkel Führer« Ordnung schaffe und das Problem mit den Polen löse. Nach dem Münchner Abkommen versuchten die westukrainischen Nationalisten, die Karpato-Ukraine aus der Tschechoslowakei zu lösen, aber Hitler schenkte das Gebiet Horthy-Ungarn.

## Erste Kultstufe

Die OUN war im Winter 1929 in Wien auf dem Ersten Kongress Ukrainischer Nationalisten gegründet worden. Ihr Ziel war, die »ukrainischen Massen« zum Aufstand gegen Polen und die Sowjetunion zu führen und einen »ethnisch reinen Staat« (Rossoliński-Liebe) zu gründen, der diktatorisch von der OUN regiert werden sollte. Der neuen Organisation schlossen sich mehrere Gruppen an, darunter die Liga Ukrainischer Faschisten (SUF), die den Gruß »Slawa Ukraini!« nach dem Vorbild von »Heil Hitler!« erfunden hatte – einschließlich ausgestrecktem rechtem Arm. Erster Feind war Polen, die Sowjetunion galt als gefährlicher, aber die OUN vermied es, auf sowjetischem Territorium aktiv zu werden. Die OUN-Führer behaupteten, die Bewohner der Sowjetukraine würden eine »befreite Ukraine« sofort begrüßen. Das stellte sich während des Zweiten Weltkriegs und danach als großer Irrtum heraus. Die Ostukrainer zeigten wenig Neigung zu Nationalismus, Rassismus und Faschismus. Ähnliche Differenzen gab es auch mit den in Wolynien lebenden Ukrainern.

Die OUN, der sich der 20jährige Bandera sofort anschloss, war von Anfang an, so Rossoliński-Liebe, gespalten. Auf der einen Seite standen um 1890 geborene Männer mit militärischer Erfahrung, auf der anderen die um 1910 Geborenen, die mit viel Enthusiasmus, um nicht zu sagen Wahnvorstellungen, trüben Ideen folgten. Diese »Bandera-Generation« idealisierte den Krieg und übernahm 1931–1932 die Inlands-OUN. Bereits 1932 war Bandera, der häufig für einige Tage oder Wochen in polnischen Gefängnissen saß, stellvertretender OUN-Inlandsleiter, wenig später Chef. Formal unterstand er der OUN-Führung im Exil, entwickelte zusammen mit seinen gleichaltrigen Mitstreitern aber rasch einen eigenen radikalen politischen Kurs: hemmungslose Anwendung von Terror. Bandera forcierte Attentate. Beseitigt wurden Polen, Juden und Russen, aber auch Ukrainer, die zum Beispiel als Lehrer arbeiteten und daher als Verräter galten, oder OUN-Mitglieder, die Bandera für Abweichler hielt. Hinzu kamen bewaffnete Überfälle auf Banken, Postämter, Polizeistationen und private Haushalte. Rossoliński-Liebe schätzt, dass die OUN und ihre Vorgängerorganisation UWO in der Zwischenkriegsperiode mehrere hundert Menschen ermordeten.

Am 14. Juni 1934 verhafteten die polnischen Behörden Bandera und seinen Sprengstoffchemiker. Zu diesem Zeitpunkt war bereits ein OUN-Attentäter unterwegs, um einen Tag später den polnischen Innenminister Bronisław Pieracki zu töten. Im Herbst 1935 fand der Prozess dazu in Warschau statt, ein Jahr später in Lwów ein zweites Verfahren zu anderen Morden, in die Bandera verwickelt war und zu denen er sich vor Gericht freimütig bekannte. Ab diesem Zeitpunkt galt Bandera in der ukrainischen Faschistenszene als Held und faktisch als »Prowidnik«, als »Führer« der OUN, d. h. als zukünftiger Staatschef. In Lwów hatte er eine faktenfreie, emotionsgeladene

Rede gehalten, die den Kernsatz enthielt: »Unsere Idee ist so gewaltig, dass bei ihrer Verwirklichung nicht Hunderte, sondern Tausende menschlicher Leben geopfert werden müssen.« Das blieb sein Credo. In der Westukraine entstanden bald Lieder auf ihn.

Bandera erhielt die Todesstrafe, die aber aufgrund eines kurz zuvor verabschiedeten Gesetzes in eine lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt werden musste. In Lwów kam noch einmal lebenslänglich hinzu. Das Urteil in Warschau quittierte Bandera, der sich geweigert hatte, vor Gericht polnisch zu sprechen, mit dem Faschistengruß »Slawa Ukraini!«. Das war für ihn eine Premiere. Das Armhochreißen veranstaltete er nun regelmäßig. Bandera wanderte in den polnischen Knast, was ihn zum Märtyrer machte – mit Wirkung bis heute.

## Banderas Aufstieg

Am 13. September 1939 flüchtete Bandera aus dem Gefängnis in Brest, das seit 1921 zu Polen gehörte. Er hielt sich kurz in Lwów auf, reiste aber vor Ankunft der Roten Armee, die das Gebiet für die Sowjetunion in Besitz nahm, ins »Generalgouvernement«, d. h. in das von den deutschen Faschisten besetzte Polen. Die deutsche Abwehr ermöglichte ihm eine Reise nach Rom, wo er sich mit Andrij Melnik traf, der während der Haftzeit Banderas im Exil die Führung der OUN übernommen hatte. Die beanspruchte nun Bandera erneut, stieß aber bei Melnik auf Ablehnung, was zur Spaltung der OUN in die OUN-B und OUN-M führte. Bandera warnte Melnik, dieser sei von Verrätern, vor allem Juden, umgeben, und sorgte dafür, dass etliche Kader der OUN-M das Zeitliche segneten, während Melnik Bandera bei einem OUN-Tribunal zum Tode verurteilen ließ – faschistische Mörder unter sich.

Die OUN-Spaltung, so Rossoliński-Liebe, »war der nächste bedeutende Schritt beim Aufstieg des politischen Kultes und Mythos« von Bandera: Die Mehrheit der jungen OUN-Mitglieder schloss sich ihm an. Die Vokabeln »Banderisten« und »Melnikiten« kamen auf. Beide Fraktionen überhäuften sich mit Pamphleten, in denen von jüdisch-bolschewistischen Agenten beim jeweils anderen die Rede war. Die OUN-B hielt zudem im Frühjahr 1941 in Kraków den schon erwähnten zweiten »Großen Kongress« ab und »legalisierte« sich selbst. Zwar hatte ein Kongress mit gleicher Bezeichnung schon 1939 in Rom stattgefunden, aber unter Melniks Leitung. Also schrieb die OUN-B unter fürsorglicher Betreuung durch Gestapo, SS und Abwehr, es gelte das Prinzip »Ein Volk, eine Partei, ein Führer«. Ziel sei, eine starke und gesunde »ukrainische Rasse« zu schaffen. Alle anderen Parteien hätten zu verschwinden. Die OUN-B sah sich an der Spitze des Kampfes gegen die Sowjetunion gemeinsam mit anderen »von Moskau versklavten und bedrohten Staaten«. Die »ukrainischen Massen« sollten für die »nationale Revolution« durch Zerstörung der Kollektivfarmen, Privatisierung des Bodens und »Umbau der bolschewistischen Sklavenwirtschaft in eine freie Ökonomie der ukrainischen Nation« gewonnen werden. Im übrigen seien »die Juden in der UdSSR die Hauptsäule des bolschewistischen Regimes und die Avantgarde des Moskauer Imperialismus in der Ukraine«. Sie müssten deswegen bekämpft werden, was aber kein Antisemitismus sei. Der werde vielmehr von Moskau geschürt, um die ukrainischen Massen vom wirklichen Verbrecher abzulenken. Neben dem Faschistengruß wurde für die OUN und den zukünftigen Staat die heute in der Ukraine wieder gebräuchliche schwarz-rote Fahne festgelegt. Sie symbolisiere Blut und Boden.

Je näher der Überfall auf die Sowjetunion rückte, desto praktischer wurden die Vorbereitungen der OUN-B. Im Mai 1941 erarbeiteten Bandera und seine engsten Mitarbeiter ein Grundsatzpapier unter dem Titel »Kampf und Aktivitäten der OUN in Kriegszeiten«. Die Organisation plante

demnach, die »günstige Situation« eines »Krieges zwischen Moskau und anderen Staaten« zu nutzen, um die »nationale Revolution« herbeizuführen. Einen großen Abschnitt nahm in dem Dokument der Umgang mit Minderheiten ein. Sie wurden in zwei Gruppen eingeteilt: »a) unsere Freunde, d. h. die Mitglieder der versklavten Nationen, und b) unsere Feinde, Moskowiter, Polen und Juden«. Die letzteren seien »im Kampf zu zerstören« und: »Unsere Macht sollte für ihre Gegner schrecklich sein. Terror für feindliche Fremde und für Verräter.« Die einmarschierende deutsche Armee sei dagegen eine Armee von Verbündeten. »Unter der Führerschaft von Stepan Bandera« solle aber vorher »für Ordnung« gesorgt werden. Dazu gehöre die Erschießung von Feinden und die Registrierung aller Juden bei einer zu schaffenden Miliz.

Für diese Aufgaben wurden zusammen mit der deutschen Abwehr die Bataillone »Nachtigall« mit 350 Soldaten und »Roland« mit 330 Soldaten aufgestellt. Am 7. Juni 1941 teilte die OUN-Führung ihren etwa 20.000 Untergrundkämpfern in der Ukraine und den Einheiten im Generalgouvernement das genaue Datum des Kriegsbeginns gegen die Sowjetunion mit: 22. Juni 1941.

Kurz zuvor allerdings verbot die Gestapo einigen OUN-Führern, darunter auch Bandera, in die »neu besetzten Gebiete« zu fahren. Ihm blieb nur übrig, in der Nähe der Grenze zur Ukraine zu bleiben und von dort aus seine Truppen zu koordinieren. Mit dem »Fall Barbarossa« wurde die »Nationale Ukrainische Revolution« sofort zu einem Exzess an Massengewalt, insbesondere gegen Juden.

## Hitler zum Dank

Der erste Schritt für die OUN aber war die Proklamierung eines ukrainischen Staates. Das übernahm der Stellvertreter Banderas, Jaroslaw Stezko, am 30. Juni 1941 nach dem Einmarsch in Lwów. Er bedankte sich dafür bei Hitler und wandte sich an alle faschistischen Regierungschefs Europas, um ihnen die Nachricht zukommen zu lassen. Noch während der Proklamation begann ein Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung. Es dauerte bis zum 2. Juli. Deutsche Einsatzgruppen und Banderas Milizen zwangen die Juden der Stadt als angebliche Helfer der sowjetischen Behörden, Tausende Leichen, die das sowjetische NKWD vor seinem Abzug im Gefängnis hinterlassen hatte, zu bergen. Die ukrainische Bevölkerung jagte die Menschen durch die Straßen, der Abwehrmann und spätere Bonner Minister Theodor Oberländer sah den beiden ukrainischen Bataillonen zu: »Sie forderten die Bevölkerung auf, die Leichen außerhalb des Gefängnisses hinzulegen.« So seine Aussage vor dem westdeutschen Staatsanwalt Anfang der 1960er Jahre. Die Judenmorde erwähnte er nicht. Historiker schätzen, dass in jenen Tagen bis zu 7.000 Menschen umgebracht wurden. Überliefert ist der Satz des OUN-Führungsmitglieds Stepan Lenkawski: »Im Hinblick auf die Juden werden wir alle Methoden anwenden, die zu ihrer Vernichtung führen.« Lenkawski führte die OUN nach der Ermordung Banderas 1959 von der Bundesrepublik aus.

Am 6. Juli 1941 nahmen die Nazis Bandera in »Ehrenhaft«. Er wurde ebenso wie Stezko nach Berlin gebracht, erhielt bald Ausgang und suchte sich ein Appartement, durfte aber nicht die Stadt verlassen. 1942 oder 1943 – alle Angaben dazu sind widersprüchlich – brachte ihn die Gestapo in den sogenannten Zellenbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen, wo er als »Ehrenhäftling« behandelt wurde. Andere OUN-Mitglieder, darunter zwei Brüder Banderas, wurden in das Arbeitslager Auschwitz I gebracht. Sie verstarben dort. Die Kontakte Banderas zur OUN rissen bis zu seiner Entlassung am 28. September 1944 nicht ab: Seine Frau wohnte in Berlin und durfte ihn besuchen, hinzu kamen andere Kanäle. Laut Rossoliński-Liebe traten Mitglieder der OUN systematisch in die ukrainische Polizei unter deutscher Führung ein.

Als im Oktober 1942 aber die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) gegründet wurde, änderte sich das Verhältnis zu den Besatzern. Man tat sich gegenseitig nicht besonders weh, so Rossoliński-Liebe, aber nach Stalingrad kam die OUN zu der Auffassung, dass Deutschland den Krieg verlieren werde und gegen die vorrückende Rote Armee wieder ein Verbündeter sei. Zunächst aber beschäftigte sich die OUN mit der Vernichtung von Polen und Juden, die den Nazis in den unzugänglichen Sümpfen und Wäldern Wolyniens entkommen waren. Rossoliński-Liebe zufolge entsprach das durchaus den Vorstellungen Banderas, die etwa in dem Papier vom Mai 1941 niedergelegt waren: rigorose Gewalt gegen Minderheiten. In jedem Fall habe die Ermordung von bis zu 100.000 Polen und Tausenden Juden durch die OUN zu dem Mythos um ihn beigetragen.

Nunmehr bereitete sich die OUN auf die Nachkriegszeit vor. Sie distanzierte sich auf ihrem dritten Kongress von der Identifikation mit dem Faschismus und den Pogromen von 1941 und erklärte Bandera zum einzigen Führer der Ukraine. Auf einem Flugblatt stellte sie ihn 1943 als großen Erdulder vor, der in Haft für die ukrainische Sache leide. Im März 1944 erhielt Bandera Besuch von einem ihrer militärischen Führer. Nach seiner Entlassung wurde er sofort bei den Nazigrößen vorstellig, es kam aber nur zu einem Gespräch mit einem SS-General. Der schlug ihm eine Kooperation mit der russischen Wlassow-Armee vor, was Bandera ablehnte: Das würden seine Anhänger nicht mittragen.

Die Richtung Westen marschierende Rote Armee veranlasste etwa 250.000 Ukrainer, ins Deutsche Reich auszuwandern, von denen die meisten nach Nordamerika und Großbritannien weiterzogen. Bandera war einer von ihnen.

Nach Stationen in Österreich, wo er sich die Karte eines Insassen des Konzentrationslagers Mauthausen besorgte, kam er im Sommer 1945 in München an, das sich zu einem der wichtigsten Zentren von OUN- und UPA-Emigranten entwickeln sollte. Er unterhielt zwar beste Verbindungen zu britischen und US-Geheimdiensten, denen er seine Kontakte zu den noch bis Anfang der 1950er Jahre in der Ukraine kämpfenden UPA-Leuten anbot, sowie später zum BND, hatte aber auch schwere Auseinandersetzungen im eigenen Lager zu bestehen. Offenbar löste er sie so wie zuvor: durch Mord. Die bayerische Polizei ging zeitweise von bis zu 100 »verschwundenen« ukrainischen Emigranten aus.

## Nie antisemitisch gewesen

Mit seiner Ermordung 1959 durch einen KGB-Agenten begann die finale Phase der Bandera-Verehrung. Weltweit versammeln sich an dessen Todestag, dem 15. Oktober, seit 64 Jahren seine Anhänger oder deren Nachkommen vor allem in München, in den USA und Kanada. Bei den Gedenkfeiern wird verkündet, was Bandera selbst ab 1945 in Artikeln und Interviews verlautbaren ließ: Die OUN habe keine Beziehungen zu den Nazis gehabt und sei nie antisemitisch, nur antikommunistisch gewesen. Das überzeugte. 1979 sandte schließlich sogar ein Jüdisches Ukrainisches Komitee aus Jerusalem ein Grußtelegramm zum Gedenken.

Im selben Jahr schreckte allerdings die Serie »Holocaust« die Bandera-Gemeinde auf. Ukrainische Kämpfer kamen in ihr nicht gut weg. Verschiedene Aktivisten und Historiker machten sich daran, das zu korrigieren. Das Ergebnis war der »Holodomor«, die Erfindung eines ähnlich klingenden angeblichen russischen Völkermords an den Ukrainern durch Hunger. So etwas beeindruckte Washington. 1983 empfing Ronald Reagan die OUN-Leute im Weißen Haus.

Seither wurden weitere Retuschen vorgenommen. Aus Stezkos Staatsproklamation verschwand der Dank an Adolf Hitler. Auch Fälschungen anderer OUN-Dokumente waren laut Rossoliński-Liebe »gut organisiert«.

Nun kann in der Ukraine die Ernte eingefahren werden. Bereits vor Auflösung der Sowjetunion fanden in Banderas Geburtsort 1989 und 1990 Ehrungen in Anwesenheit von jeweils 10.000 Menschen statt. Dort wurde auch das erste Bandera-Denkmal aufgestellt. Laut *Neuer Zürcher Zeitung* sind es mittlerweile 40, darunter das sieben Meter hohe in Lwiw, nebst einem 30 Metern hohen Ehrenbogen.